

Stellungnahme des BUND Kg. Braunschweig (17.11.2011)

Die Antwort der Landesregierung, Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, auf die parlamentarische Anfrage bleibt unbefriedigend. Neben einigen sachlich fragwürdigen Feststellungen ist vor allem ein Ausweichen vor den eigentlichen Problemen zu erkennen.

Der Verdacht drängt sich auf, dass

- der Öffentlichkeit vorgaukelt werden soll, dass gesundheitliche Vorsorgepflichten umfassend erfüllt werden.
- der Landwirtschaft ermöglicht werden soll, so weiterzumachen wie bisher. Dies ist aktive Bauernschutzpolitik zu Lasten der Umwelt- und Verbraucherinteressen.
- falls es zu einem öffentlichen Skandal kommt (etwa Berichte im Spiegel, Focus und der Zeit), Schuldzuweisungen an andere ermöglicht werden sollen: an die "eigenwirtschaftlich agierenden Bauern", an die Landwirtschaftskammer, an die Gebietskörperschaften, an das LAVES, an das LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie, Geologie).

Der Kernpunkt ist, dass weite Teile des Problemfeldes in unklaren Zuständigkeiten verbleiben. Nur durch die Bildung einer ministeriellen Stabsstelle mit umfassender Zuständigkeit kann eine Verbesserung für Verbraucher und die Umwelt erreicht werden.

Das Desaster um die Schwermetall belasteten Böden der Okeraue (aber auch an der Innerste und der Söse/Rhume) enthüllt sich am besten durch eine Mitteilung des Nds. Ministeriums für Umwelt (nicht vom Nds. Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz), in der ausgesagt wird,

- dass in 2008/2009 im Landkreis Wolfenbüttel 20 % der Proben von Getreide aus der Okeraue eine Höchstgehaltsüberschreitung für Lebensmittel zeigten (Stichprobenuntersuchungen) und infolgedessen zu Futtergetreide herabgestuft werden mussten, und
- dass es zwar möglich war, die Proben bis zu dem einzelnen Landwirt zurückzuverfolgen, aber es nicht möglich war, eine Identifikation der Feldflächen zu leisten, von denen das kontaminierte Getreide stammte.

Die Untersuchungspraxis ist also völlig inadäquat angelegt. Eine Dunkelziffer von weiteren 20-40 % ist zu vermuten. Dies folgt aus dem Stichproben-Verfahren und aus der Tatsache, dass bereits "verdünnte" Mischproben untersucht werden, sowie aus den bisher verwendeten, allerdings unzureichenden Belastungskartierungen des LBEG. Die eigenwirtschaftliche Verantwortung der Landwirte wird von diesen ganz offenkundig nicht wahrgenommen. Auch die (erzwungene) Herabstufung zu Futtergetreide ist keine Lösung, da die Schwermetalle, darunter insbesondere das gefährliche Cadmium, dennoch in die Nahrungskette gelangen.

Dringend erforderlich ist eine Identifikation der stark Schwermetall belasteten Ackerflächen durch Bodenbeprobung, so dass Lebens- und Futtermittelkontrollen und ggf. Anbauverbote genau dort angesetzt werden können, wo das Problem entsteht.

Nach einem solchen Anbauverbot könnte auf die kostenträchtigen staatlichen Kontrolluntersuchungen gänzlich verzichtet werden. Es ist sehr erstaunlich, wie die Landesregierung diesen Kostenaufwand derzeit reduziert, nämlich durch eine fast

vollständige Einstellung der Kontrollen im Bereich der Okerau, die ja in 2008/2009 kritische Sachverhalte enthüllt hatten. Dies ergibt sich aus der Antwort zu Punkt 7: statt 31 Proben wurden im Zeitraum 2010/2011 nur noch 3 Proben von Getreide genommen.

Die erwähnten Bodenbeprobungen auf Schwermetallgehalte, insbesondere Cadmium, sind bereits in weit höherem Maße vorhanden, als in der Antwort der Landesregierung auf dargestellt wird. Allerdings wurden die Daten, die z.B. bei den Gebietskörperschaften vorliegen, bisher nicht zusammengeführt und konsequent ausgewertet.

Als Fazit ergeben sich folgende Forderungen:

1. Der Ackerbau auf Auenböden, die ja eigentlich Hochwasser-Retentionsflächen darstellen, ist gänzlich einzustellen.
2. Ein weiterer Eintrag von Schwermetallen durch das Okerwasser muss unterbunden werden. Im Gegensatz zur häufig wiederholten Behauptung, es handele sich um diffuse Einträge auf dem Hintergrund einer Bergbau bedingten harztypischen Grundbelastung, kann dieser auf ein Haupteintragsgebiet im Raum Goslar-Oker ziemlich genau eingegrenzt werden. Um zu verhindern, dass weiterhin Schwermetalle transportiert und in den Überschwemmungsbereichen abgelagert werden, sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Vorschläge für diese Maßnahmen hat der BUND bereits erarbeitet und vorgestellt.